

# Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

## Wirtschaft und Entwicklung

**UNFPA: Jahresbericht befaßt sich mit der Verstädterung — Konsequenzen für den ländlichen Raum (33)**

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 4/1985 S.125f. fort.)

Mit der zahlenmäßigen Entwicklung der Weltbevölkerung insbesondere im Hinblick auf die weltweite Verteilung der Stadt- und Landbevölkerung befaßt sich der diesjährige Bericht zur Lage der Weltbevölkerung, den Rafael M. Salas, Exekutivdirektor des Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen (UNFPA), vorgelegt hat. Danach wird im Jahre 2000 fast die Hälfte aller Menschen in Städten leben; zum Jahr 2025 wird der Anteil der Stadtbewohner an der Gesamtbevölkerung sogar auf schätzungsweise mehr als 60 vH emporschnellen. Schon heute leben über 40 vH der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten.

Ein gewichtiger Anteil an dieser rapide zunehmenden Verstädterung wird auf das Konto der Entwicklungsländer gehen, wo sich der massive Zustrom zu den Städten wesentlich stärker bemerkbar macht als in den Industrienationen, die diesen historischen Prozeß schon hinter sich haben. Insgesamt beträgt die Zunahme der Verstädterung in den Entwicklungsländern das Dreifache der der reicheren Länder. Parallel zur allgemeinen Verstädterung — das heißt zu der Tatsache, daß ein immer größer werdender Bevölkerungsanteil in die Städte zieht — sieht der UNFPA-Bericht die Tendenz zum weiteren unkontrollierten Ausufern der Groß- und Millionenstädte vor allem in den Ländern der Dritten Welt voraus. Während 1970 nur 9 der 20 größten Städte in Ländern der Dritten Welt lagen, schätzt der UNFPA für das Jahr 2000, daß von den 20 größten Städten nunmehr 16 in den Entwicklungsländern liegen werden. So wird zum Beispiel Mexiko-Stadt, das schon 1985 mit 18,1 Mill. Einwohnern Tokyo als größte Stadt der Welt verdrängt hat, zur Jahrtausendwende schätzungsweise 26 Mill. Einwohner zählen.

Die durch die Armut bedingte Unterernährung und die durch die hygienischen Zustände entstehende Seuchengefahr führen bei den Bewohnern der Slums, in die viele der Zuwanderer strömen, zu vielfältigen Krankheitsbildern. Dennoch hebt der Bericht hervor, daß vor allem durch die verringerte Säuglingssterblichkeit in der Stadt hier die Sterblichkeitsrate insgesamt niedriger ausfällt als auf dem Land. Einer der größten Anreize des Stadtlebens, die Möglichkeit der besseren Bildung und Ausbildung, stellt zwar einerseits die städtischen Behörden vor massive Probleme, da der Anteil der jüngeren Zuzüger vom Land ständig steigt: so liegt der Anteil der Stadtbewohner unter 19 Jahren in den Industrieländern unter 30 vH (gemessen an der Gesamteinwohnerzahl), bei den Entwicklungsländern steigt er jedoch auf über 40 vH an, so daß die Städte kaum ausreichende Ausbildungs- und später auch Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können.

Auf der anderen Seite aber sorgt gerade das höhere Ausbildungsniveau in der Stadt rückwirkend dafür, daß sich die Diskrepanz zwischen Stadt und Land durch Rückwanderer aus der Stadt verringert und letztendlich ein bescheidenes Unternehmertum und die Verbreitung technischer oder landwirtschaftlicher Innovationen auf dem Land begünstigt.

Ein 1984 von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und dem UNFPA gemeinsam erarbeiteter Bericht verweist auf die Zusammenhänge zwischen dem Anwachsen der Stadtbevölkerung und der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft. Danach erfordert der wachsende Bevölkerungsdruck in den Städten der Dritten Welt niedrige Lebensmittelpreise, die jedoch keine Anreize zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bieten. Dies wiederum führt zu vermehrten Importen. Weitere Folgen der Verstädterung sind die sich verändernden Ernährungsgewohnheiten in der Stadt, die ihrerseits ebenfalls zu wachsenden Nahrungsmittelimporten beitragen, und der Kampf zwischen Stadt und Land um Boden, Wasser und Energieversorgung, der durch das Wachstum der städtischen Flächen, der Einwohnerzahl und der Industrientwicklung entbrennt: »Und während die Städte wachsen, wird die landwirtschaftliche Grundlage, von der sie abhängen, womöglich aufgezehrt.«

Der Schritt von einer überwiegend agrarischen zu einer vornehmlich städtischen Bevölkerung ist zwar Teil des als notwendig und positiv propagierten »demographischen Übergangs«, das heißt der Entwicklung eines Bevölkerungsstandes mit hoher Sterblichkeits- und Geburtenrate zu einer den heutigen Industrieländern entsprechenden Population mit niedrigeren Sterblichkeits- und Geburtenziffern und damit größerem Wohlstand; dennoch wirft die enorme Schnelligkeit der Verstädterung in der Dritten Welt kaum zu lösende Probleme auf. Der UNFPA sieht, in Abkehr von klassischen Mustern, die Lösung nicht in vermehrter Planung, sondern in der Schaffung von Bedingungen, die der Stadtbevölkerung Eigenständigkeit ermöglichen und Abhängigkeiten verringern sollen. Eine einseitige Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensumstände in der Stadt würde nur noch ihre Attraktivität verstärken und das Wachstumsproblem verschärfen; daher unterstreicht der Bericht die Notwendigkeit einer ausgewogenen Politik zur Erhöhung des Lebensstandards in den ländlichen Gebieten. Verschiedene Ansätze, die Städte von dem auf ihnen liegenden Druck zu entlasten, wie die Dezentralisierung der Bevölkerung, die gesetzliche Einschränkung des Zuwandererstroms (wie in Manila erprobt) oder die Umsiedlung von Slumbewohnern (etwa aus Lima) in entlegene ländliche Gebiete haben sich entweder als ineffektiv oder als zu teuer erwiesen. Aussichtsreicher erscheint dagegen eine Politik, die darauf abzielt, die Bevölkerungsdynamik in den Städten zu dämpfen; so können eine gründlichere Erziehung zur Familienplanung, wie sie

in der Stadt und auf dem Land erfolgen sollte, die in den Städten eher zum Tragen kommende Emanzipation der Frau, die Verbesserung der Gesundheitsfürsorge für die Armen und die soziale Begünstigung kleinerer Familien zu einem gebremsten Bevölkerungswachstum führen. Redaktion □

## Sozialfragen und Menschenrechte

**Internationales Jahr der Jugend: Zurückhaltende Bewertung — Weltjugendkonferenz im Rahmen der 40. Generalversammlung — Anstöße besonders in den Entwicklungsländern (34)**

(Vgl. auch das entsprechende Schwerpunkt-Heft: VN 4/1985 S.101-115.)

### Füllhorn oder Flop?

Die Frage wurde in dieser Zeitschrift schon im letzten Jahr aufgeworfen und vom damaligen Vorsitzenden des Deutschen Bundesjugendrings mit der Hoffnung verknüpft, daß sich, bei aller gebotenen Skepsis, diese Initiative der Vereinten Nationen letztlich doch nicht als Schlag ins Wasser erweisen werde. Mittlerweile läßt sich für den Verlauf des Internationalen Jahres der Jugend (IJJ) in der Bundesrepublik Deutschland feststellen, »daß Probleme junger Menschen verstärkt wahrgenommen wurden, ohne daß jedoch in jedem Fall konkrete Lösungen gefunden werden konnten«. So das Resümee, das die Nationale Kommission für das IJJ am 4. Juli 1986 gezogen und mit dem Aufruf verbunden hat, die Anstöße aus dem IJJ »aufzunehmen und offensiv weiterzuverfolgen«.

Zum Internationalen Jahr der Jugend für Partizipation, Entwicklung und Frieden war das Jahr 1985 durch Resolution 34/151 der UN-Generalversammlung bestimmt worden. Ausdrücklich Bezug genommen wurde dabei darauf, daß der 20. Jahrestag der »Erklärung über die Förderung der Ideale des Friedens, der gegenseitigen Achtung und der Völkerverständigung bei der Jugend« (A/Res/2037/XX) und auch der 15. Jahrestag der Gründung des Entwicklungshelferprogramms der Vereinten Nationen (UNV) in jenes Jahr fielen.

1980 richtete die Generalversammlung ihren Beratenden Ausschuß für das IJJ (Zusammensetzung: VN 4/1985 S.136) ein. Das Gremium erarbeitete auf seiner ersten Tagung 1981 einen Bericht (UN-Doc.A/36/215 v.19.6.1981), der dann von der Generalversammlung mit Resolution 36/28 gebilligt wurde. Er enthielt ein Jugendprogramm mit Grundsätzen und Prioritäten sowie Richtlinien zu deren Umsetzung. Im ersten Teil wurden die allgemeinen Ziele des IJJ beschrieben, nämlich dazu beizutragen,

- das Bewußtsein für die Lage der Jugend und die Anerkennung ihrer Rechte und Anliegen bei den politischen Entscheidungsträgern und in der Öffentlichkeit zu verstärken,
- politische Leitlinien und Programme für die Jugend als wesentlichen Teil sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung zu fördern,
- die aktive Mitwirkung der Jugend und der Jugendorganisationen in der Gesellschaft zu erhöhen,
- laufende politische Maßnahmen und Programme für die Jugend auszuwerten und zu verbessern,
- neue und innovative Leitlinien für die Jugendpolitik zu entwickeln,